

INHALT

1. SPD, Grüne und SSW lehnen Neustart der Reform des Kommunalen Finanzausgleichs ab
2. SPD, Grüne und SSW stellen sich hinter den „echten Norden“
3. Nach der Schuldenbremse muss die Tilgung folgen
4. Landtag debattiert über Zukunft des Friedrichskooger Hafens
5. Debatte um die Zukunftsfähigkeit der Verbraucherzentralen
6. SPD, Grüne und SSW lehnen CDU-Vorstoß zur Wiederaufforstung ab
7. Landtag debattiert über Verlängerung der Kernbrennstoffsteuer

20.02.2014

SPD, Grüne und SSW lehnen Neustart der Reform des Kommunalen Finanzausgleichs ab Landesrechnungshof bezeichnet Entwurf als nicht aufgabengerecht genug

Die Regierungsfractionen haben heute wie erwartet den CDU-Antrag auf einen „Neustart“ der Reform des Kommunalen Finanzausgleichs abgelehnt. Stattdessen lobten sie die „Transparenz und Gerechtigkeit“ des Vorhabens von Innenminister Breitner.

Zuvor war eine Stellungnahme des Landesrechnungshofes öffentlich geworden, der den Entwurf als nicht aufgabengerecht genug bezeichnete.

CDU-Fraktionschef und Oppositionsführer Johannes Callsen warf dem Innenminister vor, dass bereits die Grundlage der Reform falsch sei. „Anstatt Aufgaben zu vergleichen, haben Sie Ausgaben und Defizite verglichen. Anstatt die Kritik ernst zu nehmen und sauber nachzuarbeiten, haben Sie in den vergangenen Monaten alles noch schlimmer gemacht. Anstatt eine richtige Grundlage zu schaffen, haben Sie jetzt mehrmals Zahlen hin- und hergeschoben, ohne dass Sie erklären können, weshalb und warum!“, so Callsen.

Die großmundigen Ankündigungen, das neue Gesetz schaffe mehr Transparenz und Sorge für mehr Gerechtigkeit und Effizienz, seien nicht mehr als Seifenblasen. Es habe keine Untersuchung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen stattgefunden. Die Kommunen seien bei der Finanzkraftberechnung ungleich behandelt worden. Der Gleichheitsgrundsatz sei auch bei anderen Stellschrauben verletzt worden und die durchgeführten Erhebungen seien in Teilen willkürlich gewählt und nicht repräsentativ.

Auch die Innenpolitikerin Petra Nicolaisen sprach sich für einen Neustart aus. Es sei mehr als bemerkenswert, dass durch das Ministerium immer noch keine Berechnungen vorgelegt worden seien, mit denen die veröffentlichten Ergebnisse nachvollzogen werden können. „Wenn mir Kämmerer der Kreise berichten, dass sie vom Innenministerium zwar Ergebnisse erhalten,

aber keine Berechnungen, dann muss uns das sehr zu denken geben“, betonte Nicolaisen.

SPD, Grüne und SSW stellen sich hinter den „echten Norden“ CDU unterstützt Antrag auf unverzüglichen Stopp der Kampagne

Heute debattierte der Landtag über die umstrittene Dachmarkenkampagne „Der echte Norden“. Die FDP-Fraktion hatte beantragt, die Kampagne unverzüglich einzustellen. Mit den Stimmen der Regierungsfractionen wurde der Antrag abgelehnt.

Für die CDU-Fraktion hatte deren Parlamentarischer Geschäftsführer Hans-Jörn Arp zuvor die Forderung nach einem Stopp der Kampagne unterstützt:

„Mit dem Echten Norden verbinden die Menschen Rentiere und Elche und keinen geköpften Hummer mit stilisiertem Löwen“, erklärte er mit Blick auf das stark kritisierte Logo.

Seit 2004 sei in Schleswig-Holstein der Verzicht auf eine Dachmarke Konsens gewesen. Alleinstellungsmerkmal Schleswig-Holsteins seien die beiden Meere Nord- und Ostsee. Eine Dachmarke bedeute dagegen eine Zentralisierung des Marketings zu Lasten der regionalen und lokalen Tourismusorganisationen und der Städte.

Darüber hinaus sollte Schleswig-Holstein es nicht nötig haben, auf Kosten anderer zu werben. „Das ist schon mal gescheitert! Die norddeutschen Partner sind irritiert und sehen in der Kampagne mehr Trennendes als Gemeinsames“, betonte Arp mit Blick auf die Kritik aus Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern.

Wenn schon Geld ausgegeben werden solle, dann wäre es nach Ansicht des CDU-Abgeordneten besser in der touristischen Infrastruktur investiert.



Hans-Jörn Arp, MdL

Nach der Schuldenbremse muss die Tilgung folgen CDU fordert nächste Schritte zum Schuldenabbau

Zum ersten Mal seit 1962 wurde in Schleswig-Holstein im Haushalt ein Überschuss von Einnahmen über die Ausgaben erzielt. In der heutigen (20. Februar 2014) Parlamentsdebatte des Schleswig-Holsteinischen Landtages hat der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Tobias Koch, deshalb einen Tilgungsplan für die Altschulden des Landes gefordert:

"Finanzpolitische Fehler werden immer dann gemacht, wenn die Steuereinnahmen hoch sind. Deshalb müssen wir die Schuldenbremse jetzt weiter denken und weiter entwickeln", forderte Koch.

Die schrittweise Absenkung des strukturellen Defizits bis auf Null im Jahr 2020 sei nur ein erster Schritt. Nachdem mehr als fünfzig Jahre lang der Schuldenberg des Landes immer weiter gewachsen sei, habe jetzt erstmalig mit der Tilgung der Altschulden begonnen werden können. Trotz dieses guten Ergebnisses ist Schleswig-Holstein weiterhin hoch verschuldet. „Wir brauchen bereits heute einen fraktionsübergreifenden Konsens, um von der Schuldenbremse zur Schuldentilgung überzugehen“, betonte der CDU-Finanzpolitiker.

Auch zukünftig müssten für Verbindlichkeiten von rund 27 Milliarden Euro jährlich ca. 900 Millionen Euro Zinsen aufgewendet werden. Diese Zahlungen engten nicht nur den politischen Handlungsspielraum ein. Sie machten Schleswig-Holstein darüber hinaus von den Entwicklungen an den Kapitalmärkten abhängig.

"Dieser Haushaltsabschluss kann damit einen Wendepunkt zu einer Politik markieren, die ihre Rechnungen nicht den kommenden Generationen aufbürdet. Dazu müssen wir uns allerdings entscheiden, ob Haushalte ohne neue Schulden Glückstreffer oder fraktionsübergreifend vereinbarte Selbstverständlichkeit werden sollen. Die CDU versteht den Haushaltsabschluss im Jahr 2013 als Motivation und Ansporn, die Tilgung der angesammelten Schulden gezielt in Angriff zu nehmen", so Koch.

„Jedes Jahr zahlen wir eine Milliarde Euro an die Banken. Wir wollen dieses Geld lieber für Bildung und gute Infrastruktur ausgeben“, erläuterte der Finanzpolitiker. Die Anträge von CDU und von SPD, Grüne und SSW wurden in den Finanzausschuss überwiesen.

Antrag der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1500/drucksache-18-1549.pdf>

Landtag debattiert über Zukunft des Friedrichskooger Hafens

CDU: Landesregierung muss Farbe bekennen

Wie geht es weiter mit dem Hafen Friedrichskoog? Darüber diskutierten heute die Abgeordneten des Landtages. Am Morgen des Plenartages hatten bereits Friedrichskooger Fischer vor dem Landeshaus für den Erhalt ihres Hafens demonstriert.

In einem Antrag forderte die CDU-Fraktion auf, „die angekündigte Schließung des Landeshafens Friedrichskoog unter Abwägung aller Modalitäten und Gegebenheiten ergebnisoffen und konstruktiv zu überprüfen und bis Dezember 2014 auszusetzen.“

„Ein Jahr geht das Schwarze-Peter-Spiel mit integriertem Stillhalten der Landesregierung nun schon. Dabei hätte der Westküstenbeirat bereits die Chance gehabt, einen Beitrag zu Lösungsmöglichkeiten für Friedrichskoog zu leisten. Es ist an der Zeit, dass die Landesregierung Farbe bekennen muss“, kritisierte der CDU-Abgeordnete Karsten Jasper.

Das tat dann auch der SPD-Wirtschaftsminister Reinhard Meyer, indem er wenig Hoffnung für den Friedrichskooger Hafen in Aussicht stellte: „Die Funktion als Landeshafen ist nicht mehr gegeben“, erklärte Meyer wörtlich

Zuvor hatte Karsten Jasper gefordert: „Was wir jetzt brauchen, ist Zeit zu prüfen, in welchem Umfang sich Maßnahmen durch Regionalisierungsmittel finanzieren lassen, die einen eventuellen Strukturwandel unterstützen. Was kann der Europäische Wirtschaftsfonds in der neuen Förderperiode leisten?“

Der Antrag der CDU fand – wie erwartet – nicht die nötige Mehrheit. Ebenso verweigerten SPD, Grüne und SSW eine weitere Diskussion über die Anträge im Ausschuss.

Antrag der CDU-Fraktion

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1600/drucksache-18-1621.pdf>

Antrag der FDP-Fraktion

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1500/drucksache-18-1562.pdf>

Änderungsantrag der Regierungsfractionen

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1600/drucksache-18-1616.pdf>



Fischer aus Friedrichskoog demonstrieren vor dem Landeshaus

Debatte um die Zukunftsfähigkeit der Verbraucherzentralen **Landesregierung betreibt Etikettenschwindel beim Verbraucherschutz**

Lebensmittelkandale, Verpackungsschwindel oder auch Werbelügen- das sind nur einige Stichworte, um die Themenbereiche der Verbraucherzentralen zu beschreiben. Grund genug für die CDU-Fraktion im Kieler Landtag einen Antrag zu stellen, um über die Zukunftsfähigkeit der Verbraucherzentralen in der heutigen Landtagssitzung zu diskutieren.

Ausgangspunkt der Diskussion war die Ankündigung von Wirtschaftsstaatssekretär Ralph Müller-Beckaus November 2012, ein Strategiepapier für den Erhalt der Verbraucherzentralen im Januar 2013 vorzulegen. Bis heute ist nichts passiert.

„Wer sich in der Zeitung mit „Daumen hoch“ fotografieren lässt und groß ankündigt, kurzfristig ein Strategiepapier zu erarbeiten, muss sich nicht wundern, wenn dieses mehr als ein Jahr danach auch endlich eingefordert wird. Oder gilt für den Staatssekretär etwa: große Klappe und nichts dahinter?“, kritisierte der verbraucherschutzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Karsten Jasper.

Der Aufgabenumfang der Verbraucherzentralen im Land steige von Jahr zu Jahr, während der finanzielle Rahmen gleich bleibe. Es müsse dafür gesorgt werden, dass Finanzierung und Umfang der Aufgaben im Einklang stehen. Nur so könne man die Zukunftsfähigkeit der Verbraucherzentralen in Schleswig-Holstein sichern.

Der Antrag der CDU-Fraktion und der Änderungsantrag der Piraten wurden abgelehnt. Der Änderungsantrag von SPD, Grüne und SSW wurde angenommen.

Antrag der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1500/drucksache-18-1528.pdf>

Änderungsantrag der Piraten:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1600/drucksache-18-1608.pdf>

Änderungsantrag von SPD, Grüne und SSW:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1600/drucksache-18-1615.pdf>

SPD, Grüne und SSW lehnen CDU-Vorstoß zur Wiederaufforstung ab Mittel stünden zur Verfügung – CDU wirft Regierungsfaktionen fehlenden Willen vor

Ende des letzten Jahres wüteten die Stürme „Christian“ und „Xaver“ auch über Schleswig-Holstein. Diese besonders starken Herbststürme haben erhebliche Spuren vor allem in forstwirtschaftlich genutzten Gebieten hinterlassen. Heiner Rickers, agrar- und umweltpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, forderte die Landesregierung in der heutigen (20. Februar 2014) Landtagsitzung auf, zusätzliche Mittel in Höhe von zwei Millionen Euro zur Wiederaufforstung bereitzustellen.

Zwar habe die Landesregierung durch vorgezogene Maßnahmen und erste Mittelbereitstellungen reagiert. Dies reiche aber nicht aus, kritisiert Rickers die Verantwortlichen.

Durch die Stürme seien 1200 Hektar Wald vernichtet worden, die zu den regulär anstehenden Aufforstungsflächen noch hinzu kämen. Die fehlende Bereitschaft der Landesregierung, den Betrag in Höhe von zwei Millionen Euro zusätzlich bereitzustellen sei nicht nachzuvollziehen. „Immerhin erhält das Land 117 Millionen Euro mehr im Rahmen der ELER-Mittel“, betonte Rickers.

Zeitungsmeldungen zufolge sollten auf Waldflächen der Stiftung Naturschutz 20.000 Festmeter Windwurf für „Borkenkäfer und Spinnen“ verbleiben. Dabei handele es sich nicht um einen Pappenstil, sondern um Holz im Gegenwert von einer Million Euro. „Es ist für mich nicht nachvollziehbar, dass auf der einen Seite nicht zwei Millionen Euro bereit stehen sollen, auf der anderen Seite aber sogar ein „Förderprogramm“ für den Borkenkäfer aufgelegt werden soll, der dem Wald noch zusätzlichen Schaden zufügt“, so Rickers.

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde abgelehnt, der Änderungsantrag von SPD, Grüne und SSW angenommen.

Antrag der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1500/drucksache-18-1548.pdf>

Antrag von SPD, Grüne und SSW:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1600/drucksache-18-1613.pdf>

Landtag debattiert über Verlängerung der Kernbrennstoffsteuer

CDU: Forderung der Regierungsfractionen reine Schaufensterpolitik

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, die Kernbrennstoffsteuer zu verlängern. Dafür stimmten heute die Abgeordneten der Regierungsfractionen. Der CDU-Abgeordnete Volker Dornquast äußerte in der Plenardebatte sein Unverständnis über den Vorstoß der Regierungsfractionen: „Ehrlich gesagt, liebe Koalitionäre, habe ich Ihren Antrag zu jetzigen Zeitpunkt nicht verstanden. Denn die jetzige Regelung der Kernbrennstoffbesteuerung läuft noch bis Ende 2016!“

Zudem seien mehrere Gerichtsverfahren anhängig –unter anderem vor dem Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof. Vor diesem Hintergrund hatte die CDU-Fraktion einen eigenen Parlamentsantrag gestellt mit dem Ziel, die juristischen Entscheidungen abzuwarten. Dies lehnten die Regierungsfractionen jedoch ab.

„Wäre es nicht sinnvoll, erst mal die Gerichte entscheiden zu lassen, bevor man sich mit einer solchen Frage auseinandersetzt? Nein, Ihr Antrag hat allein den Zweck den Schwarzen Peter nach Berlin zu schieben und sich selbst aus der Verantwortung zu nehmen!“, betonte Dornquast.

Antrag der Regierungsfractionen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1400/drucksache-18-1479.pdf>

Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1500/drucksache-18-1507.pdf>

Antrag der PIRATEN-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1600/drucksache-18-1609.pdf>

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1500/drucksache-18-1547.pdf>

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de